

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Circulband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Welt-Anschluß, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Abbestellen, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 88.

Die abgesetzten Anzeigenblätter über deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Besondere-Beilagen 1,20 M. netto pro Zeile. Besondere-Beilagen in Wort-Anzeigen das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisprophet: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4923

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entwaffnung Deutschlands

Entschlüsse der Sachverständigen

Paris, 25. Januar. (Havas.)

Die Sachverständigen für militärische, maritime und Luftschiffahrtsangelegenheiten trafen heute vormittag unter dem Vorsitz Fochs zusammen. Anwesend waren: General Naglinge und Oberst Jermonia für Belgien, Marschall Wilson und die Generale Bingham, Thwaiten, Groves, sowie der Admiral Charlton für England, die Generale Wegand und Rollet und Admiral Levassieur und Fatou, sowie Hauptmann Neveu für Frankreich, General Marietti, Admiral Orsini und Regattenkapitän Napolli, sowie Oberst Mazzolini für Italien und General Watanabe, Admiral Njumi und Oberst Shibayama für Japan.

Diese Sachverständigen, die von dem Obersten Kat beauftragt worden waren, eine Liste anzustellen über die Vertragsverletzungen Deutschlands, sowie Maßnahmen vorzuschlagen, die zu treffen wären, bildeten 3 Kommissionen, je eine für militärische, maritime und Luftschiffahrtsangelegenheiten unter dem Vorsitz von Foch, Admiral Charlton und General Groves.

Jede Kommission verhandelte die ihr zugewiesenen Fragen: die deutsche militärische Gesetzgebung, die Herabsetzung der deutschen Armee auf 100 000 Mann, die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Einwohnerwehren, die Auflösung der Sicherheitspolizei, die Auslieferung und Zerstörung des militärischen, maritimen und Luftschiffahrtsmaterials, die Zahlung einer Ausgleichssumme für das zerstörte oder ausgeführte Material usw. Die Kommissionen waren in ihren Entschlüssen einig. Nachmittags versammelten sich die Sachverständigen wiederum, um den Gesamtbericht über die einzelnen Berichte der 3 Kommissionen festzustellen. Dieser Gesamtbericht soll eine allgemeine Schlussfolgerung enthalten und die Notwendigkeit, ohne Schwäche die Ausführung der vorgesehenen Zwangsmaßnahmen innerhalb der verschiedenen festgesetzten Fristen zu verlangen. Diese Fristen bewegen sich zwischen einigen Wochen und mehreren Monaten, entsprechend der Wichtigkeit der zu treffenden Maßnahmen, auf die sie sich beziehen, die weitest ausgedehnte Frist geht aber nicht über den Monat Juni hinaus.

Nach weiteren Meldungen wird die Pariser Konferenz heute die Reparationsfrage in Angriff nehmen. Der französische Finanzminister Doumer wird sich über die finanzielle Lage Frankreichs aussprechen. Der durch den Krieg eingewirkene Schaden Frankreichs wird auf eine Summe von 85 Milliarden Goldmark geschätzt, wozu allerdings nicht gesagt wird, auf Grund welcher Berechnungen diese Summe herausgekommen ist. Diese Berechnung ist nicht die erste, und sie unterscheidet sich wesentlich von früheren Berechnungen, die zum Teil geringere, zum Teil höhere Summen nannten.

Im übrigen hat die gestrige Sitzung der Interalliierten Konferenz den Beschluß gefaßt, in der zweiten Hälfte des Monats

Februar in London abermals eine Konferenz von alliierten Vertretern einzuberufen, die die Darlegungen von Vertretern Griechenlands und der Türkei anhören solle, um zu einer Regelung der Orientfrage zu gelangen. In ihrer Haltung zu Griechenland werde die Entente bei den Beschlüssen der letzten Londoner Konferenz vom Dezember 1920 bleiben, und die alliierten Gesandten in Athen würden demgemäß auch weiterhin von amtlichen Beziehungen zu König Konstantin Abstand nehmen.

Die Hilfe für Oesterreich

Trübe Aussichten

59. Paris, 26. Januar.

Der zur Untersuchung der österreichischen Frage ernannte Ausschuß der Pariser Konferenz hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen und festgestellt, daß die Frage weit schwieriger zu lösen ist, als ursprünglich von allen Alliierten erwartet wurde. Es sind zwei Wege, die man in Erwägung zieht, um Oesterreich wirtschaftlich wieder auf die Beine zu helfen und die Wechselkurse zu verbessern. Erstens will man Oesterreich mit Hilfe alliierter Privatfirmen, die von den alliierten Regierungen unterstützt werden, einen Kredit gewähren. Zweitens denkt man an die Ausführung des Vorschlags von Sir William Wood, der die Ausbringung von 50 Millionen Pfund Sterling als alliierte Unterstützungsanleihe für Oesterreich vorschlägt. In diesem Zusammenhang wurde bereits auf der gestrigen Konferenz hervorgehoben, daß Großbritannien außer den Wohltätigkeitsbeiträgen bereits 13 Millionen Pfund Sterling an Krediten für Oesterreich ausgeben habe. Die Beratung der Kommission wird also festzustellen haben, welche Alliierten überhaupt zur Mitarbeit an der Wiederherstellung des österreichischen Wirtschaftslebens fähig sind, und sich auch über die Schwierigkeiten des Transportes klar werden müssen.

Es hat sich bereits herausgestellt, daß eine Oesterreich zu gewöhnliche Hilfe ohne Mitwirkung der österreichischen Kaufleute unumgänglich erscheint. Man erwartet, daß die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn eine Zusammenarbeit hierfür in ihrem eigenen Interesse halten werden. Man glaubt auch keineswegs ernst daran, daß Frankreich den englischen Vorschlag, Oesterreich einen Kredit zu gewähren, in Wirklichkeit durchzuführen können wird. Ebenso hat man wenig Vertrauen in die Möglichkeit einer amerikanischen finanziellen Hilfe, selbst wenn England, Italien und Frankreich sich dafür interessieren. Die große Frage bleibt, wo man Geld hergen soll, um Oesterreich zu helfen. Die Kommission setzte sich gestern bereits mit dem amerikanischen Oberstleutnant Logan in Verbindung, der am besten mit den österreichischen Angelegenheiten Bescheid weiß. Lord Riddle erklärte Journalisten gegenüber, seiner Ansicht nach, sei die Frage, wo man Geld herzunehmen habe, eine unüberwindliche Schwierigkeit.

Die Verhandlungen über die griechische Frage wurden bis zum 21. Februar verschoben. In diesem Tage soll in London eine Konferenz zusammentreten, zu der auch die türkischen und griechischen Vertreter eingeladen werden.

Zum Abschluß der Eisenbahnerbewegung

Von L. Breunig.

Der Reichstag hat den mit den großen Eisenbahnergewerkschaften getroffenen Vereinbarungen über die Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte und Anwärter zugestimmt. Damit erhalten automatisch alle Reichsbeamten und Anwärter einschließlich der Reichswehr dieselben Zulagen wie die Beamten und Anwärter der Reichseisenbahn. Die Länder und Gemeinden sind moralisch gezwungen, ihren Beamten die gleichen Zulagen zu gewähren, für die hinsichtlich der Arbeiter in den Reichsbetrieben (Eisenbahn, Post usw.) getroffenen Vereinbarungen ist die Zustimmung des Reichstags nicht erforderlich. Diese Abmachungen sind vielmehr als eine reine Verwaltungsmaßnahme anzusehen.

Die Einheitsfront der Eisenbahnbeamten und -arbeiter hat ihre Feuerprobe bestanden. Die zwischen Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministerium und den durch den Sechzehnerausschuß vertretenen Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen entsprechen nicht den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften und befriedigen keineswegs. Aber sie sind ein Anfangserfolg.

Als am 9. Dezember v. J. die Erhöhung des Teuerungszuschlages für die Beamten im Reichstag zur Debatte stand, lehnte die Regierung eine allgemeine Erhöhung der Teuerungszulagen ab. Es wurde lediglich eine Erhöhung der Teuerungszulage zum Kinderzuschlag für Beamte beschlossen. Ganz besonders wurde unter Antrag, die Teuerungszulage für alle Reichsbeamten und -diätare einheitlich auf 10 000 M. jährlich zu setzen, bekämpft mit dem Hinweis, daß die Bewilligung der erforderlichen Mittel mehr als sechs Milliarden Mark ausmachen würde. Wenn man berücksichtigt, daß die bisher gezahlten Teuerungszulagen für rund 770 000 Reichsbeamte und Diätare rund vier Milliarden ausmachen, die durch die am 21. Januar 1921 vom Reichstag beschlossene allgemeine Erhöhung der Teuerungszulage für Beamte um rund zwei Milliarden Mark vermehrt werden, so kann jeder Laie erkennen, daß unter Antrag das Mindestmaß dessen darstellte, was damals gefordert werden mußte, um der großen Kollage der Beamten zu steuern.

Die ursprünglich für 370 000 Eisenbahnbeamte und 700 000 Arbeiter der Reichseisenbahn eingereichten Forderungen beanspruchten eine Mehrausgabe von 2,8 Milliarden Mark; das für diese beiden Kategorien erzielte Ergebnis beträgt rund 1,4 Milliarde. Es sind also knapp 45 Prozent der ursprünglichen Gesamtforderung erfüllt. Den größten Unwillen erregte die ungerade Verteilung der Zulagen. Zum Beweis ist hier kurz auf die ursprünglich eingereichten Forderungen verwiesen, die für Beamte nach Besoldungsgruppen aufgestellt und in der Weise abgestuft waren, daß für die unteren Gruppen 90 Prozent, ferner um je 5 Prozent bis auf 60 Prozent bei den höheren Besoldungsgruppen gezahlt werden sollten.

Der Regierungsvorschlag ist nach dem Dreiklassenystem abgestuft und sieht für alle Gehaltsklassen eine prozentual gleichmäßige Zulage in den einzelnen Dreiklassen vor. Die Wirkung dieser Regelung ist für große Schichten der Beamten in doppelter Hinsicht ungerecht. Erstens erhält der Beamte mit hohem Einkommen denselben Prozentsatz wie der gering Besoldete. Zweitens ist die Spannung zwischen den Dreiklassen A und E zu groß. Es soll deshalb nicht behauptet werden, daß die Teuerung in den letzten Monaten überall gleichmäßig gestiegen ist. Die Differenz ist jedoch nicht so groß, wie vielfach angenommen wird. Während ein Beamter der Besoldungsgruppe 13 bei einem bisherigen Durchschnittseinkommen von 33 000 M. in der Dreiklasse A eine Zulage von 4600 M. erhält, beträgt das Durchschnittseinkommen eines Beamten der Besoldungsgruppe 2 in der Dreiklasse A einschließlich der neuen Zulage rund 13 500 M. Ein Beamter der Gruppe 5 erhält in der Dreiklasse A bei einem bisherigen Durchschnittseinkommen von 15 600 M. eine Zulage von 2000 M., in der Dreiklasse E bei einem bisherigen Durchschnittseinkommen von 12 600 M. eine Zulage von 420 M. Für die Eisenbahnarbeiter war generell eine Zulage von 1 M. die Stunde gefordert. Die vereinbarte Zulage beträgt in Dreiklasse A 0,60 M. und fällt um je 10 Pf. bis auf 20 Pf. in Dreiklasse E.

Der Reichslohntarif der Eisenbahnarbeiter zerfällt in acht Lohngruppen und fünf Wirtschaftsklassen. Der Lohn ist nach sieben Altersklassen abgestuft. Durch diese Einteilung sind 280 verschiedene Lohnsätze geschaffen. Im günstigsten Falle erhält ein 25jähriger Handwerker (höchste Altersklasse) in der Dreiklasse A einschließlich der bisher gezahlten Teuerungszulage einen Stundenlohn von 5,10 M. und im ungünstigsten Falle ein Arbeiter der Dreiklasse E 3,20 M. die Stunde. Für Frauen beträgt der Höchstlohn 3 M., der niedrigste 2 M. die Stunde. Der Höchstlohn wird nur in 17 Großstädten erreicht. In einigen besonders teuren Orten wird eine Neberteuerungszulage von 10 bis 40 Pf. die Stunde gezahlt.

Durch diese neue Regelung wurde die Spannung verstärkt. Die Unzufriedenheit mit dem Verhandlungsergebnis war deshalb unter den davon ungunstigt gestellten Eisenbahnern besonders stark. Dazu kommt noch, daß die Betriebs- und Bahnunterhaltungsarbeiter trotz schwerer und vielfach gefährlicher Arbeit sehr schlecht entlohnt werden. Sie sind in die unterste Lohnklasse eingereiht. Es ist bereits die Zulage erfolgt, daß sie bei der nächsten Tarifregelung entsprechend be-

Escherich und Ludendorff

Der Orgelschauptmann Escherich hat dieser Tage einem amerikanischen Korrespondenten eine Unterredung gewährt zu dem Zweck, die Welt von der Harmlosigkeit seiner Organisation zu überzeugen. Er behauptete, die Orgel sei durch die Verfassung und die Gesetze des Deutschen Reiches geschützt und wenn Frankreich die Auflösung der Orgel befiehlt, so würde die deutsche Regierung keinen gesetzlichen Weg für die Ausführung dieses Befehrens finden. Escherich behauptet weiter, die Orgel habe vor den Gerichtshöfen in Breslau und Stettin einen Sieg davongetragen und auch der preussische Justizminister habe sich dahin ausgesprochen, daß die Orgel nicht verboten werden könne, da sie eine ungewaffnete Gesellschaft sei, die sich den Gesetzen vollkommen anpasse.

Herr Escherich hat mit diesen Ausführungen wieder bewußt die Unwahrheit gesagt. Es muß immer wieder festgehalten werden, daß die Orgel den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages, dem Abkommen von Spa und dem deutschen Entwaffnungsgesetz widerspricht. Der Orgel sind alle militärischen Geheimorganisationen angeschlossen, die nach dem Rapp-Putsch aufgelöst werden sollten. Die Veröffentlichung der Dokumente über die Orgel in Sachsen und Schlesien hat außerdem klar ergeben, daß die Orgel über große Waffenlager verfügt. Die Orgel ist sich auch ihrer Ungefährlichkeit bewußt und hat deshalb, was ebenfalls durch Dokumente belegt werden kann, die strenge Anweisung ergehen lassen, alle wichtigen Beschlüsse geheim zu halten, nichts zu Papier zu bringen, und wenn sich das nicht immer vermeiden läßt, die Schriftstücke nach Kenntnisnahme bis zur Unkenntlichkeit zu vernichten. Eine Organisation, die auf gesetzlicher Grundlage steht, hat aber nichts zu verheimlichen. Mitin geht auch aus der Tatsache, daß die Orgel alle wichtigen Beschlüsse geheim faßt, ihr staatsgefährlicher Charakter hervor.

Das Liebeswerben der deutschen Militaristen um die Gunst des Auslandes wird also nur bei denen Erfolg haben, die sich durch Unkenntnis über die deutschen Verhältnisse auszeichnen. Auf die

Unkenntnis des Auslandes spekuliert auch der General Ludendorff, der keine Woche vergehen lassen kann, ohne irgendeiner ausländischen Zeitung seine Pläne über die Vernichtung des Bolschewismus angedruckt zu haben. Jetzt hat er sich wieder dem Vertreter der „Bafeler Nachrichten“ als der Mann empfohlen, der die Welt vom Bolschewismus befreien könne. Ein dummes Geselle! Die Tatsache, daß während des Krieges ein Ratz sein Berater war, läßt allerdings mancherlei von dem, was er redet und tut, in einem milderen Licht erscheinen, aber er stellt doch an die Denkfähigkeit seiner Mitmenschen so geringe Ansprüche, daß man beinahe annehmen muß, die durch ihn verschuldete deutsche Niederlage habe ihn bis an die Grenze des Schwachsinnes gebracht. Weiß der Mann denn nicht, daß ihn im Auslande niemand ernst nimmt? Ist niemand da, der dem Ranne wenigstens klar macht, daß sein Anerbieten würde los ist und gemeinschädigend wirkt?

Reaktionäre Waffenlager. Im Hause des Führers der „Mittelstandspartei“ Otto Kokenberger in Pflanzheim wurde in voriger Woche von der Kriminalpolizei ein geheimes Waffenlager von 57 Handgranaten, 4000 Gewehre und eine große Kiste mit über 50 Karabinern beschlagnahmt. 4000 Gewehre in einem Hause! In ganz Deutschland sonst, daß die Konterrevolution mehrere Armeekorps ausüsten kann!

Seht die Wählerlisten ein! Sie liegen nur diese Woche aus, und wer nicht in den Listen steht, darf nicht wählen. Nichtwählen aber bedeutet, die Macht der Reaktion stärken! Diese will sich in Preußen festsetzen, um eine „Ordnungszelle“ im Sinne Bayerns zu schaffen. Und die „Ordnungszellen“ sind die Vorboden des monarchistischen Zuchthausstaates. Darum macht den Reaktionären einen Strich durch die Rechnung. Werbt für die Wahlen, überzeugt euch, ob ihr in den Listen steht. Von dem Ausgang der Preußenwahlen hängt die nächste Zukunft der politischen Entwicklung ab!

rücksichtigt werden sollen. Weiter ist bei den Verhandlungen zu sagen worden, daß die Einzelung in die Ortsklassen nachgeprüft werden soll.

Bei der Beurteilung der Frage, ob es möglich war, durch Generalstreik ein besseres Ergebnis zu erzielen, spalteten die Auswirkungen der seit dem 8. Dezember 1920 zur Beamteneinstellung beschlossenen Gesetze und sonstigen Regierungsmassnahmen eine Rolle. Durch Erhöhung der Kinderzulage entstand dem Reich eine Mehrausgabe von 750 000 000 M., durch die Neuregelung der Besoldungsordnung eine weitere Mehrausgabe von 900 Millionen Mark. Dazu kommt die noch nicht feststehende Auswirkung der durch die Verordnung vom 21. Dezember 1920 erfolgten vorläufigen Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses und die jetzt vom Reichstage genehmigte Verknüpfung in Höhe von 3 1/2 Milliarden, zusammen rund 5 Milliarden Mark. Durch die bewilligten Mehrausgaben erhalten einzelne Beamtengruppen, wie z. B. die Lokomotivbezieher, die durch die Neuregelung der Besoldungsordnung von Gruppe 3 nach 4 gehoben wurden, in einzelnen Fällen ganz erhebliche Nachzahlungen, da die Neuregelung ab 1. 4. 1920 erfolgte.

Die von der bürgerlichen Reichstagsmehrheit am 9. Dezember 1920 aufgeführte Komödie hat in den Kreisen der Beamten eine lebhaft empörte Reaktion hervorgerufen. Der Beamteneinstellungskampf der Regierung jurisdiktisch. Die Eisenbahner haben den Kampf trotz Wiederholung des bekannten Streikerlasses aufgenommen und mit der Bildung der Einheitsfront gearbeitet. Regierung und Reichstag mußten den Rückzug antreten. Die Reaktionen aller Schattierungen jammern und zeteren über die durch die gemeinsame „direkte Aktion“ der Beamten und Staatsarbeiter „erschütterte Staatsautorität“, wie sich der Deutschnationale Herzog bei seinen Angriffen auf den Finanzminister Dr. Wirth im Hauptauschuß ausdrückte. Dem Finanzminister Dr. Wirth blieb nichts anderes übrig, als die Tatsachen anzuerkennen. Er führte am 20. Januar d. Js. im Hauptauschuß ungefähr folgendes aus:

„Zum ersten Male haben sich Beamte und Arbeiter zu einer Parallelation zusammengeschlossen und dabei die Unterdrückung der großen Spitzenverbände gefunden. Diesen gewaltigen Druck habe die Regierung so rasch nachgeben müssen, daß keine Zeit blieb, Verhandlungen mit den parlamentarischen Körperschaften zu führen. Dieser Vorgang sei als das Zeichen einer neuangebrochenen Zeit zu betrachten. Die Beamteneinstellung sei eine Folge der Weltkatastrophe dieses Krieges und das Zusammenbrechen mit der Arbeiterbewegung schaffe den Beamten und Arbeitern eine starke Machtposition; deshalb mußten weitgehende Zugeständnisse gemacht werden.“

Gegenüber den Angriffen der Deutschnationalen stellte Dr. Wirth fest, daß sich diese am 9. Dezember d. Js. bereit erklärt hätten, die Arbeiterforderungen als unerschwinglich abzulehnen, wenn ihr Antrag, für die Beamten 10 Prozent Zulage zu bewilligen, angenommen würde.

Nach ein Wort zur Taktik der Kommunisten. Als Anfang Dezember d. Js. die Bewegung der Eisenbahner einsetzte, erschienen auch sofort die Kommunisten mit ihrer Generalstreikparole auf dem Plan. Sie versuchten, sich der Entwicklung des Kampfes anzupassen, um im gegebenen Moment die Bewegung für ihre besonderen Parteizwecke auszunutzen. Die übliche Hege gegen die Gewerkschaftsbureaucratie gehörte zu ihrem geistigen Rüstzeug. Ihr Aufwand an Druderschwarz und Lungenkraft war kaum zu übersehen. Sie versuchten durch besondere Veranstaltungen, Demonstrationen, Versammlungen und Konferenzen als politische Partei in die Führung des gewerkschaftlichen Kampfes einzugreifen, um die Bewegung im geeigneten Moment an sich zu reißen.

Ihre Versuche sind gescheitert. Die große Mehrheit der Eisenbahner lehnt die Taktik der Rostauer ganz entschieden ab.

Teures Brot

Wie der „Vorwärts“ erzählt, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sich entschlossen, für die nächste Ernte folgende Mindestpreise in Vorschlag zu bringen: Roggen 2060 M. (bisheriger Höchstpreis 1490 M.), Gerste und Hafer 2050 M. (bisher 1390 M.) und Weizen 2255 M. (bisher 1570 M.)

Zwei Welten

Die Aristokraten beim Jazz

Wir lesen in der Berliner Wochenschrift „Roland“ vom 12. Januar: Das letzte Kind der Tanzlaune in Paris und London ist die Jazz-Band. Es wurde in Berlin am 2. Januar im Eplandade aus der Taufe gehoben und zwar im höchst gesellschaftlichen Rahmen. Der Tauspate, Graf Franz Montegias, hatte persönliche Aufforderungen ergeben lassen. So sah man im kleinen Gesellschaftssaal des Eplandade an kleinen Tischen beim Souper und harte der Dinge, die da kommen sollten.

Eigentlich sollte schon während des Soupers getanzt werden. Doch die Trommel hatte sich verspätet. Denn die Jazz-Band kann ohne die Trommel nicht leben.

Was ist nun diese Jazz-Band? Eine kleine aus besonderen Instrumenten: Fagott, Zupfgeige, Trommel, Violin, Klarinet oder ähnlich zusammengesetzte Kapelle, wie sie in Paris jetzt überall zum Tanze spielt. Durch ihre eigentümliche Klangfarbe und die neuen Weisen, die ihren Rhythmus der wilde n Regermusik entnehmen, zwingt sie die Tänzer in eine besondere Art des Tanzes hinein. Der Rhythmus hat etwas Drängendes, festem Anfeuerndes. Immer lärmender toben die Instrumente, immer mehr lösen sich die Glieder und Muskeln der Tanzenden. Jetzt rufen die Spieler Laute in die Musik hinein, wie die Reges im Kraal. Die Synkopen hämmern gegen den Takt. Hat man einmal den Rhythmus in sich aufgenommen, sich darauf eingestellt, so fühlt man, ähnlich wie bei den wilden Weisen des Gardas eine merkwürdige Befreiung von aller Schwere und eine himmlische Heiterkeit der Bewegung.

So sollte es wenigstens sein. Aber Anfang ist natürlich schwer — und die Kapelle feil hatte an dem ersten Abend im Eplandade noch die Klangfarbe und den Rhythmus nicht ganz gefast. Auch eignen sich die bekannten Fagott-Melodien nicht für diese Art. Aber nach der Polizeistunde noch in ein Privathaus mitgenommen, soll sie fabelhaften Schwung erreicht haben. Sicher wird sie Mode werden. Schon hört man von Privatbällen, für die sie engagiert ist. Das Bedenkliche der neuen Art ist, daß man „rhythmisch“ wird, wie der Wienerburger sagt, wenn man einen ganzen Ballabend den Rhythmus hört. Unbedingt muß sie durch Boston und die alten Melodien unterdrückt werden. Als frisches Luftzug in der sinnlichen Schwüle, zu der der Tanz von heute allmählich entartet ist, ist sie mit ihrer reinen Freude an Bewegung zu begrüßen. . .

Dazu wollen wir noch hinzufügen, daß zurzeit eine englische Tanzkapelle in Berlin täglich von einem Grafenhaus ins andere

je Tonne. Entsprechend dem bisher geübten Verfahren sind dies Mindestpreise, die dem Landwirt für seine Erzeugnisse in jedem Falle zu gewährt sind. Sollte sich eine weitere Erhöhung der Selbstkosten herausstellen, so werden die Preise wie im Vorjahr unmittelbar vor der Ernte erhöht und gelten dann als Höchstpreise. Der Vorschlag wird demnächst den Ernährungsministern der Länder unterbreitet werden.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Mittelungen des rechtssozialistischen Blattes zutreffen. Die arbeitende Bevölkerung wird also den Hungerriemen abermals enger schnüren müssen. Und wenn Arbeiter und Angestellte einen Ausgleich ihres mißhandelten Haushaltsetats durch Lohnforderungen anstreben, dann dürfen sie noch damit rechnen, daß ihnen ihre einzige Waffe durch Antikreislaufmaßnahmen der Behörden genommen wird.

Die gesamte Ernährungspolitik des Reiches besteht unter des Hermes vortrefflicher „fachmännischer“ Leitung nur noch — wenn man von der heimlich still und leise und in etwas anrüchiger Form betriebenen Fürsorge für das Wohlergehen einzelner Persönlichkeiten, mit denen man versippt ist, absieht — in einer Liebesgabenpolitik für Großagrarier und Getreideschieber. Ein neues Zeichen dafür sind die Nachtragsetats, die soeben dem Reichstag zugegangen sind. In vier Nachtragsforderungen werden beantragt:

für das Reichsministerium des Innern . . .	73 597 600 M.
für das Reichsfinanzministerium	127 630 000 M.
für das Ernährungsministerium	7 717 100 000 M.
für den Rechnungshof	136 200 M.
	7 918 463 800 M.

Der Löwenanteil fällt auf das Ernährungsministerium, und zwar mit 1 325 000 000 M. zur Verbilligung von Auslandsmais für Futtermittel, mit 277 700 000 M. für Frühlingsprämien und ähnliche Kosten, die aus den Steuermitteln der arbeitenden Bevölkerung in die großen Taschen der Grundbesitzer fließen. Hermes und seine Schöpfung, die konterrevolutionären Agrarier, regieren nach dem Grundtag: „Reichert Euch!“ Das völkgerühmte deutsche Wesen, an dem eine Welt genesen sollte, wird gegenwärtig durch diese Worte gekennzeichnet, und Herr Hermes ist der hervorragendste Repräsentant dieser Gesinnungstüchtigkeit. Wir werden über seine Politik im Anschluß an seine neue Tat, die dem Volke abermals das Brot verteuern wird, in der Morgenausgabe noch einiges zu sagen haben.

Worte und Taten

Die Deutsche Demokratische Partei verbreitet zu den Preußenwahlen ein Flugblatt, das voll ist von allgemeinen Redensarten über deutsche Art, Einheit, Freiheit und Recht. Die monarchistische Bewegung, die immer stärker anschwillt, wird nicht erwähnt, anscheinend wollen sich die Demokraten schon heute eine Hintertüre offen lassen. Es wird dann eine Art Programm aufgestellt, in dem die Demokratische Partei das festlegt, was sie für ihre Pflicht hält. Es heißt da:

- Pflicht ist ihr die Verhütung des Wirtschaftslabens durch Ablehnung sozialistischer Experimente.
- Pflicht ist ihr die Anpassung der Ausgaben des Staatshaushalts an die Einnahmen.
- Pflicht ist ihr die Unternehmung aller Maßnahmen, die zum Preisabbau dienen können.

Diese Pflichten hat die Demokratische Partei bisher so aufgefaßt, daß sie zur „Beruhigung des Wirtschaftslebens“ der privatkapitalistischen Ausbeutungswut alle Hindernisse aus dem Wege räumte. Erfolg: Millionengewinne der Schwerindustrie, Anwachsen des Wuchers, Sinken der Valuta, um sich greifende Verelendung der erwerbstätigen Schichten. Die Anpassung der Ausgaben des Staatshaushalts an die Einnahmen besteht bei den Demokraten darin, daß sie für den Militarismus 5 Milliarden opfern, für die Beamten und Staatsarbeiter aber nichts übrig haben. Maßnahmen, die zum Preisabbau führen? Nun, die Demokratische Partei hat sich ebenso lebhaft für die Aufhebung der Zwangswirtschaft eingesetzt, wie die Rechtsparteien. Der Erfolg? Ein riesiges Anschwellen der Preise, Riesengewinne der

gereicht wird und die dunkelsten Gotistrafengland-Existenzen beim Klang des Banjo die Rolle, die sie in der Tragödie des deutschen Volkes spielen, tanzend zu vergessen suchen.

Sterblichkeit der Proletarierkinder

Otto Kühle hat im Jahre 1911 in seiner Schrift über das Proletarische Kind zahlreiche Zahlen über das traurige Elend angegeben, das er vorgefunden hat. Seine Angaben sind erschütternd. Aber welche schöne Vergangenheit stellt er dar, wenn man sie mit den neuesten statistischen Feststellungen vergleicht. Das Gewicht des Säuglings einer Arbeiterfrau war nach Kühle durchschnittlich am 200 Gramm geringer als das einer wohlhabenden Hausfrau. Trotzdem konnte er bei den Kindern von Frauen, die bis zur Entbindung gearbeitet haben, ein Gewicht von 2931 Gramm feststellen, wenn sich die Mutter schon 2-3 Monate vor der Geburt von der Arbeit zurückziehen konnte, sogar 3291 Gramm. Wie Irma Hilt in einem interessanten Artikel der neuesten Nummer des „Sozialist“ mitteilt, beträgt das durchschnittliche Säuglingsgewicht in Proletarierhäusern heute nur 1250 Gramm. Die Säuglingssterblichkeit ist nur scheinbar, nämlich infolge der Geburtenabnahme, zurückgegangen, sind doch im Jahre 1919 in Oesterreich 16 558 Menschen mehr gestorben als geboren wurden. Die genauen Messungen Professor Pirquets an der Wiener Kinderklinik und die Untersuchungen der Ärztekommisionen für die amerikanische Auspeilung haben ergeben, daß es gegenwärtig in Wien nur wenig über 3 Prozent aller Kinder gibt, die genügend ernährt sind; 52 Prozent werden als „äußerst“ unterernährt bezeichnet. Im Gemüht erreichen sie selten die Normalzahlen. Das Tuberkulose-Kinderhospital „Eplanerin am Kreuz“ hat keine Patienten von vier bis fünf Jahren, die 7 bis 8 Kilogramm wiegen! Die Relation aus Gewicht und Stigöhe, die 66 betragen sollte, trifft bei den Kindern des Elends auch höchst vereinzelt zu und im Wachstum bleiben sie oft zwerghaft, so daß 14jährige nicht selten das Aussehen von 9jährigen haben. Mit diesen traurigen Feststellungen ist natürlich Kühle, der berichtet, daß Proletarierkinder durchschnittlich um zwei Wachstumsjahre hinter den wohlgehaltenen Kindern der reichen Häuser zurückbleiben, weit überholt! — Die Sterblichkeit unter den Jugendlichen hat sich gleichfalls in erschreckender Weise erhöht, um volle 60 Prozent. Die Gesamtzahl der Schulkinder Wiens ist in den Jahren 1910 bis 1919 von 242 828 auf 186 748 gesunken. Daran hat die Tuberkulose natürlich einen Hauptanteil, die von 18,732 Prozent im Jahre 1910 auf 41,92 im Jahre 1919 gestiegen ist. Sie weitestert in ihrer Ausdehnung mit der zwar selten tödlichen, aber dafür, die von ihr Ergriffenen mit ewiger Gebrechlichkeit schlagenden Rachitis, die unter den Wiener Kindern im Ausmaß von 60 Prozent verbreitet ist.

Landwirtschaft und des Handels, Verarmung der Arbeiterklasse, Hungersnot in breiten Schichten, Massensterben der Proletarierkinder infolge Unterernährung!

Das ist das Ergebnis der demokratischen Politik im Reichstag und im Preussischen Landtag. Am 20. Februar muß daher den Demokraten die gleiche Antwort gegeben werden wie allen anderen Parteien, die den Sozialismus verhindern und der kapitalistischen Gewinnpolitik die Wege geebnet haben.

Die kaiserliche Regierung und die Bolschewiki

Vor kurzem hatte Eduard Bernstein im „Vorwärts“ die Behauptung aufgestellt, die Führer der Bolschewiki seien damals nicht nur auf Wunsch der Obersten Heeresleitung durch Deutschland nach Rußland befördert worden, sondern sie hätten auch sehr große Mittel, nach seinen Informationen etwa 50 Millionen Mark, von der deutschen Regierung für ihre Propaganda erhalten. Der kommunistische Abgeordnete Düwelle hat daraufhin im Reichstag die kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob ihr diese Behauptungen Bernsteins bekannt seien und was sie zu tun gedente, um durch Nachprüfung der Angaben des Abgeordneten Bernstein Licht in die von ihm behauptete Korruptionsaffäre zu bringen.

Bernstein erklärt daraufhin neuerdings im „Vorwärts“, er hätte keine Angaben ausschließlich von deutscher Seite erhalten und stütze sie keineswegs auf die von amerikanischer Seite veröffentlichten (offenbar gefälschten, Red. d. Fr.) Dokumente über die sogenannte deutsch-bolschewistische Verchwörung.

Bernsteins Behauptungen haben Aufsehen erregt, und Kerenski, der frühere russische Ministerpräsident, meldet sich nun seinerseits mit dem Verlangen einer unparteiischen Untersuchung.

Beamtenchaft und Beamtenrätegesetz

Der Deutsche Beamtendbund teilt mit: Ueber den vom Deutschen Beamtendbund dem Reichsrat und dem Reichstage unterbreiteten Entwurf zu einem Beamtenrätegesetz sprach am Montag, den 24. Januar, der Ministerialrat Falkenberg in einer von mehr als 1000 Mitgliedern der örtlichen Beamtenschaft der Reichsverwaltung im Oberpostdirektionsbezirk Berlin besuchten Versammlung in den Sophienkassen.

Der Referent beleuchtete eingehend die Entwürfe des Deutschen Beamtendbundes für ein Beamtenrätegesetz und der bairischen Regierung zur Schaffung einer Beamtenkammer. Nach längerer Aussprache wurde nachstehende Entschließung angenommen:

Die am 24. Januar 1921 in Berlin in den Sophienkassen versammelten Vertreter der Groß-Berliner Beamtenschaft haben geschlossen hinter den Forderungen des Deutschen Beamtendbundes und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur beschleunigten Verabschiedung des Beamtenrätegesetzes. Sie können die Beamtenschaft in Artikel 138, Absatz 3 der Verfassung versprochenen Beamtensprecherungen nur in einem dem Betriebsrätegesetz angelehnten Beamtenrätegesetz mit Schlichtungsausschüssen erblicken, das den Beamten das volle Mitbestimmungsrecht sichert. Sie lehnen mit aller Entschiedenheit die von der bayerischen Regierung geforderten Beamtensammern ab.

Die Neuordnung der Einkommensteuer

Der Steuerausschuß des Reichstages hatte am Dienstag wiederum eine Debatte über die Grundzüge der Neuordnung der Landwirte zum Reichssteuerer. Die den Landwirten außerordentlich weit entgegenkommende Erklärung des Reichsfinanzministers genügt den agrarischen Vertretern durchaus nicht. Sie versuchten deshalb erneut, eine Veranlagung durchzuführen, die die Geldentwertung und den gestiegenen Gewinn der Landwirte ganz außer Acht läßt.

In der allgemeinen Aussprache über die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz brachten die bürgerlichen Parteien den Antrag ein, bei allen Lohnempfängern bis zu 50 000 M. Einkommen die Steuerleistung als durch den Steuerabzug erledigt anzusehen. Herr Heilferrich verließ sich dabei sogar auf die Behauptung, daß nur die Klasse der Lohnempfänger im vergangenen Jahr eine Steigerung ihres Einkommens er-

Genau so fürchterlich wie in Oesterreich liegen die Dinge in Deutschland. Die Bilder der „Freien Welt“, die Berichte von Harry Graf Kessler haben ein entsetzenderes Elend enthüllt — das Erbe der Monarchie, deren Gräfen jetzt Jazz tanzen.

Der Kampf gegen die Bühnengenossenschaft. Die Aufhebung der Schauspielbourgeoisie gegen die Bühnengenossenschaft hat bereits, wie wir berichtet haben, zu einem Zusammenschluß der gut bezahlten Berliner Schauspieler geführt, die nun bereit sind, die ihnen zu sozialistische Bühnengenossenschaft zu sprengen. Einer der gut bezahlten, der Schauspieler Abel, hat nun versucht, eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen, daß die Tariffrage nicht gültig sei, wonach jeder Schauspieler Mitglied der Bühnengenossenschaft sein muß, und kein zum Bühnenverein gehöriges Theater einen nicht organisierten Schauspieler aufzutreten lassen darf. In den Gewerkschaften sind wir bekanntlich Gegner des Organisationszwanges, und als Partei lehnen wir auch ein solches Zusammenarbeiten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ab, wie es gegenwärtig beim Theater in Form einer unverhüllten Bewegungsgemeinschaft der Fall ist. Die gewerkschaftliche Bewegung im Theater liegt aber ganz anders, so daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen Bühnenverein und Genossenschaft zunächst nicht eine Schwächung, sondern eine außerordentliche Stärkung der Gewerkschaftsbewegung unter den Schauspielern bedeutet hat. Das erkennt man ja auch schon daraus, daß jetzt die Schauspielbourgeoisie gegen die ihnen trotz der Arbeitsgemeinschaft zu proletarische Bühnengenossenschaft Sturm läßt, und nun Herrn Abel vorgeschlagen hat, um eine gerichtliche Entscheidung gegen den Kartellvertrag zu erzielen.

Die Zivilkammer des Landgerichts I hat zugunsten von Abel entschieden, theoretisch die Schauspieler vom Organisationszwang befreit, und die Theater gezwungen, auch Nichtorganisierte aufzutreten zu lassen. Praktisch ändert das Urteil aber vorläufig nichts an den Verhältnissen, da die Genossenschaft bis zum Reichsgericht gehen wird, und auch der Bühnenverein alles Interesse daran hat, sich durch Zwangsorganisation der Schauspieler vor dauernden Kontraktbrüchen, genialem Probenstehlen usw. zu schützen. Jedenfalls ist die Bühnengenossenschaft in eine feste geraten, aus der sie nur durch verstärkte Mitarbeit aller Mitglieder wieder herauskommen wird.

Man muß sich zu helfen wissen! Ein Amerikaner erzählt uns: Eine große Zahl von Arbeitern in St. Louis (Nordamerika) war zur Einbringung der Ernte auf dem Lande beschäftigt. Nach Erledigung dieser Arbeit kamen sie in die Stadt zurück, wo ihnen das Gelpens der Arbeitslosigkeit entgegentrat. Keine Unterkunft, nichts zu essen war ihr Los. Sie mußten sich jedoch zu helfen, da die Hilfe der Stadt verweigert. Um ihren Magen zu füllen, gingen sie in Restaurants, bestellten sich ein gutes Essen. Als nun der Kellner die Rechnung kassieren wollte, stellten sie ihm einen Scheck aus mit der Unterschrift des Bürgermeisters aus-

